



Alles bleibt wie es war!

Eine mit den Ministern Seehofer und Scheuer sowie dem DB-Vorstandsmitglied Pofalla besetzte Runde hat sich auf Maßnahmen entsprechend einer Pressemitteilung vom 12. September 2019 zur Erhöhung der Sicherheit auf Bahnhöfen ausgetauscht und eine Reihe von Maßnahmen angekündigt. Allerdings dürften die Eindrücke des schrecklichen Todesfalles vom Frankfurter Bahnhof wohl schon verblasst sein, wenn man sich diese Maßnahmen anschaut:

- > Deutliche Präsenzsteigerung auf den Bahnhöfen
- > Gelder für leistungsfähige Videotechnik
- > Gelder für modernen Digitalfunk

Vergleicht man diese Ergebnisse der hochkarätigen Runde mit Ankündigungen der Bahn der zurückliegenden Jahre, darf man gespannt sein, ob, welche und – wenn überhaupt – wie die Maßnahmen umgesetzt werden. Denn Beispiele für den fehlenden Willen der Bahn, die Sicherheit im Bahnbereich zu erhöhen, oder etwas für die Bundespolizistinnen und -polizisten zu tun, gibt es viele.

Beispiel Digitalfunk: Über zehn Jahre nach der Einführung des Digitalfunks gibt es nahezu auf jedem Bahnhof Orte, von denen aus keinerlei Funkverbindung möglich ist. Die Bahn soll

und muss diese beseitigen, tut es aber nicht. Derartige Funklöcher können im Ernstfall lebensbedrohlich sein. Das weiß die Bahn seit Jahren.

Beispiel Diensträume: Die Liegenschaften der Bundespolizei auf den Bahnhöfen sind vielfach in einem schlechten Zustand, werden jedoch nicht modernisiert, obwohl es auf allen Ebenen angesprochen wird. Wassereinbrüche, Ratten, Mäuse, Ungeziefer, unangenehme Gerüche, Schimmel, bröckelnder Putz und so weiter sind ein normales Bild in den Räumen. Und obwohl sich zurückliegend bis hin zu Ministern und Staatssekretäre bereits ein Bild davon gemacht haben, ändert sich nichts!

Beispiel Video: Die Ausstattung von Bahnhöfen mit Videotechnik wurde begonnen, dann verschleppt und ausgesetzt. Intelligente Videoüberwachung und biometrische Gesichtserkennung sollen zukünftig ein wichtiges Unterstützungsinstrument bei der Bundespolizei sein. Allerdings nur auf „nahezu allen großen Bahnhöfen“, wie es heißt. Betonung sollte hierbei jedoch auf „Unterstützungsinstrument“ liegen, denn erst im Zusammenwirken von Technik und gut fortgebildetem Personal ergeben sich Synergieeffekte, die letztlich zu mehr Sicherheit führen.

Selbst wenn also die Versprechungen wahr und Videotechnik beschafft würde, so fehlte es dann doch an dem gut fortgebildeten Personal, denn derzeit bleibt keine Zeit mehr für Fortbildung. Die wirkliche „Intelligenz“ – der Beamte – kommt in dieser Gleichung seit Jahren zu kurz.

Offen bleibt auch, ob auch die Sicherheit auf kleinen Bahnhö-



© DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

> Heiko Tegatz hat Bedenken, ob die Bahn das Vereinbarte einhalten kann.

fen erhöht werden soll. Ergebnisse aus dem Jahr 2009 vom Bahnhof in Solln bei München zeigen, dass nicht nur auf großen Bahnhöfen gemordet wird.

Die Präsenz in den Bahnspektionen soll um 1 300 Beamte erhöht werden. Die ersten Laufbahnabsolventen sind bereits eingetroffen, decken jedoch das seit Jahren entstandene Fehlnicht, noch kompensieren sie zwischenzeitliche Weggänge. Allenfalls Ende 2023, wenn alle 12 500 Stellen besetzt sein werden, kann man von einer „deutlichen Präsenzerhöhung“ sprechen.

Fazit: Kurzfristig ist eine Erhöhung der Sicherheit auf Bahnhöfen mit diesen Maßnahmen nicht zu erwarten. Erst mittel- oder langfristig dürfte mehr Personal für die „Bahnpolizei“ zur Verfügung stehen. Ob die Bahn ihren Teil der Versprechungen einhalten kann, ist in-

des mehr als zweifelhaft: Der Bundesrechnungshof stellt nur einen Tag nach den soeben genannten Festlegungen für die Bahn eine besorgniserregende wirtschaftliche Situation fest. Demnach fehlen der Bahn in diesem Jahr mehrere Milliarden Euro! Woher soll also das Geld für die beabsichtigten Investitionen kommen?

Die Bundespolizistinnen und -polizisten werden also weiter in nahezu unerträglichen Räumen den Dienst versehen, Funklöcher in Kauf nehmen, auf Videoüberwachung warten, auf Fortbildungen verzichten, in der Fläche fehlen und sich dennoch einem anspruchsvollen und harten Dienst stellen, damit die Sicherheit an den Bahnhöfen und auf den Strecken gewährleistet bleibt! Dafür zollen wir Respekt und setzen uns dafür ein, dass sich rasch etwas verbessert. Denn an der Sicherheit darf nicht gespart werden! ■

Impressum:

Redaktion:
Jörg Stüven
Tel.: 0174.8000887
joerg.stueven@dpolg-bpolg.de
Geschäftsstelle und Redaktion:
Seelower Str. 7
10439 Berlin

ISSN 0943-9463



Bundesdelegiertentag 2019

Vom 21. bis 23. Oktober findet in Berlin der 3. Bundesdelegiertentag, das höchste Beschlussgremium der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, statt. Über 200 Delegierte und Gastdelegierte aus dem gesamten Bundesgebiet werden daran teilnehmen und am letzten Tag auch zahlreiche Gäste aus Politik, Bundespolizei, Wirtschaft und Verbänden zu einer festlichen Öffentlichkeitsveranstaltung begrüßen. Das Motto lautet: „WIR an deiner Seite“.

Einen Höhepunkt werden dabei die Neuwahlen des Bundesvorstands und der Beauftragten darstellen, zumal einige amtierende Vorstandsmitglieder nicht wieder antreten. So auch

der Bundesvorsitzende Ernst G. Walter, der die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft seit 2011 führt. Dieser erklärte vorab dazu: „In wenigen Monaten habe ich das Ende meiner aktiven Dienstzeit erreicht. Da unsere aktive Gewerkschaft auch eine aktive Führung braucht, werde ich als angehender Pensionär nicht erneut für das Amt des Bundesvorsitzenden kandidieren. Ich gehe mit zwei lachenden Augen, weil es uns im Team neben der Steigerung unserer gewerkschaftlichen Aktivitäten in den beiden zurückliegenden Wahlperioden gemeinsam gelungen ist, unsere Mitgliederzahl zu verdoppeln und ich mir wegen des großartigen Engagements der antretenden Kandidatinnen

und Kandidaten um die Zukunft unserer Gewerkschaft keine Sorgen mache.“

Im weiteren Verlauf des Bundesdelegiertentages werden die Delegierten die Ziele der Gewerkschaft für die nächsten vier Jahre definieren und damit die grundsätzliche Ausrichtung der Gewerkschaft festlegen. Eines ist jedoch schon vor dem Bundesdelegiertentag klar: Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft wird weiterhin für alle Beschäftigungsgruppen bei der Bundespolizei und beim Bundesamt für Güterverkehr eintreten, um Verbesserungen zu erreichen.

– **#wirandeinerseite!**



© Friedhelm Windmüller

> Bundesvorsitzender Ernst G. Walter geht in einigen Monaten in Pension und tritt deshalb nicht erneut zur Wiederwahl an.

> +++ kurz notiert +++

Ausbau der Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentren

Die Bundespolizei soll ab 2020 zusätzlich zu den bekannten Einstellungszahlen 1.000 weitere Anwärter einstellen und ausbilden. Die Fachhochschule des Bundes in Brühl kann den vorgesehenen Anteil des gehobenen Dienstes in Höhe von 40 Prozent mangels freier Kapazitäten nicht abbilden. Das Bundespolizeipräsidium wird daher dem BMI vorschlagen, diese Einstellungen ausschließlich im mittleren Dienst vorzunehmen.

Unbestätigten Informationen zufolge sollen die AFZ in Diez und Neustrelitz nun zeitnah zu sogenannten „1025er-AFZ“ ausgebaut werden.

Änderungen der Bundespolizeilaufbahnverordnung

Aktuell liegt der Entwurf der Bundespolizeilaufbahnverordnung noch im BMI. Bei einigen Punkten ist noch Abstimmungsbedarf vorhanden. So sträubt sich das BPoLP leider weiterhin gegen die Anwendung der Aufstiegsmöglichkeiten des § 27 BLV auch für Polizeivollzugsbeamte, wie es die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft schon lange fordert.

Der § 16 BPolLV soll dahingehend geändert werden, dass als Zulassungsvoraussetzung eine Mindestdienstzeit von 20 Jahren erfüllt werden muss. Die Dauer des Aufstiegslehrganges soll auf **vier Monate verkürzt** und die Möglichkeit von Fernlernmethoden statt Präsenzstudium etabliert werden.

Aktuell beabsichtigt das BPoLP in 2020 jedoch den Aufstieg gemäß § 16 BPolLV aus Kapazitätsgründen auszusetzen. Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft begrüßt die Verkürzung auf vier Monate, sowohl die Voraussetzung der 20 Dienstjahre als auch die Aussetzung in 2020 kritisiert sie aufs Schärfste und wird hierzu weitere Gespräche im BMI führen.

Für Spitzensportler soll ebenfalls ein verkürztes Aufstiegsverfahren eingerichtet werden.

Für das Verfahren der Überführung von **2000 PHM/PHM m.Z.** in den gehobenen Dienst wird aktuell ein Gesamtüberblick erstellt, wer die Voraussetzungen von 20 Dienstjahren, davon mindestens fünf Jahren als PHM/PHM m.Z., erfüllt sowie beurteilt ist. Anschließend soll eingegrenzt werden, ob lediglich die **Beurteilungsnoten A 1, A 2** oder sogar B 1 ausreichend und weitere Anpassungen des Verfahrens notwendig sind.

Die Ämterreichweite soll analog des § 16 BPolLV bis A 11 gelten.

Unterziehschutzweste und ballistischer Helm – aktuelle Sachstände

Die Beschaffung für neue **Unterziehschutzwesten** ist eingeleitet. Künftig wird es zwei Varianten für Frauen und Männer von zwei Herstellern geben, die sich jedoch nur unmaßgeblich unterscheiden. Alle Unterziehschutzwesten verfügen künftig neben dem ballistischen Schutz über einen separaten Stich- und Schnittschutz und eine separate Traumaplatte. Bei der taktischen Wechsellösung wird nicht nur das MOLLE-System zur Befestigung von Ausrüstungsgegenständen eingeführt, sie sind auch für den zusätzlichen Einschub von Platten der Schutzklasse VPAM 6 beziehungsweise 9 vorbereitet. Die Schutzplatten sollen in einer Stückzahl beschafft werden, die es den Kolleg(Inn)en ermöglichen, jederzeit auf diese zusätzliche Schutzausstattung zuzugreifen.

Der neue 1,3 Kilogramm schwere **ballistische Helm** steht ebenfalls unmittelbar vor der Auslieferung. Diese sollen in einer Poolausstattung von insgesamt 4400 Stück beschafft werden und in den Dienststellen der Bundespolizei vorgehalten werden.



Gleichberechtigung unterrichten, ohne sie zu erfahren

Die Situation ziviler Lehrer in der Bundespolizei

Von Bastian Adam, FOL

■ Rahmenbedingungen ziviler Lehrer in der Bundespolizei

Bewirbt sich ein Studienrat aus einem der Bundesländer bei der Bundespolizei, so geht die Annahme eines Dienstpostens zwingend einher mit dem Verlust der bisherigen Amtsbezeichnung „Studienrat“. Dies mag landläufig eher nebensächlich erscheinen, da sich Amtsbezeichnungen des Öffentlichen ändern können, jedoch ergibt sich im Bereich ziviler Lehrer im Vergleich zu anderen Berufsgruppen innerhalb der Bundespolizei bereits durch diese Änderung der Amtsbezeichnung ein erster massiver Einschnitt. Während der Studienrat – analog zum Polizeirat – das Eingangssamt für den höheren Dienst darstellt, so bildet der „Fachschuloberlehrer“ das Endamt des gehobenen Dienstes, was de facto und de jure jegliche Möglichkeiten einer Beförderung oder Ähnliches ausschließt. Wieso nun allerdings das Vorhandensein des Zweiten juristischen Staatsexamens beziehungsweise der Masterabschluss nach erfolgreicher Beendigung des Studiums für den hPVD den Zugang zum höheren Dienst eröffnen, das Zweite Staatsexamen für Lehrämter (egal ob für Haupt- und Realschulen oder für Gymnasien) dies jedoch nicht vermag, erscheint schlichtweg nicht nachvollziehbar.

Fachschuloberlehrerinnen und Fachschuloberlehrer haben weder die Möglichkeit befördert zu werden, noch eine Amtszulage zu erhalten. Das Zweite Staatsexamen für Lehrämter, das gleichzeitig die Qua-

lifikation für den höheren Dienst darstellt, wird durch diese Ungleichbehandlung innerhalb der Bundespolizei massiv abgewertet.

■ Ein altbekanntes Problem

Diese traurige Tatsache existiert nun bereits mehrere Jahrzehnte. Aktuelle Diskussionen über die Wertigkeit einer guten Ausbildung innerhalb der Polizei, die massiv ausgeweiteten Kampagnen zur Nachwuchsgewinnung, Änderungen und Anpassungen an BBesG und BBesO und die Vorlage eines Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetzes sollten daher als Anlass verstanden werden, auch im Bereich der zivilen Lehrer die dringend benötigte Modernität einziehen zu lassen.

Dies mag drastisch klingen, ist jedoch vor dem Hintergrund einer Amtsbezeichnung „Fachschuloberlehrer“ mehr als gerechtfertigt. Es steht einer modernen deutschen Sicherheitsbehörde wie der



© Bastian Adam

> Bastian Adam, Fachschuloberlehrer

Bundespolizei mehr als schlecht zu Gesicht, Amtsbezeichnungen zu verleihen, die bereits im deutschen Kaiserreich als unmodern erachtet wurden/galten. Während Oberwachtmeister, Grenztruppjäger und sogar der Inspekteur innerhalb der Bundespolizei verschwanden und neueren, moderneren Amtsbezeichnungen Platz machten, blieb der Fachschuloberlehrer unverständlicherweise

erhalten. Selbst mit dem Wegfall der (Grenzschutz-) Fachschulen in den 1980er-Jahren, die maßgeblich für die Namensgebung des Fachschuloberlehrers waren, unterließ es die Behörde, adäquaten Ersatz zu schaffen.

Die vom BVerfG normierte Klarheit bezüglich der Verortung im Ämtergefüge (NJW 198, 196; NJW 1974, 1940) wird nicht erzeugt, da es weder oberhalb noch unterhalb des Fachschuloberlehrers ein Amt gibt, von dem sich der Fachschuloberlehrer abheben beziehungsweise differenzieren könnte; weder ein Fachschullehrer (A 12) noch ein Fachschulhauptlehrer (A 14) oder dergleichen finden sich in den Anlagen der BLV und des BBesG.

■ Ungenutzte Möglichkeiten

Es ist an der Zeit, sich von einer Amtsbezeichnung wie „Fachschuloberlehrer“ zu verabschieden und gleichzeitig den Postulaten des BVerfG nachzukommen. Ein adäquater Ersatz für den „Fachschuloberlehrer“ steht seit vielen Jahren bereit, indem man den zivilen Lehrkräften in der Bundespolizei nach Jahrzehnten des Wartens den Zugang zu den Amtsbezeichnungen „Studienrat“ (für ausgebildete Lehrer mit zwei Staatsexamen) und/oder „Regierungsrat“ (für zivile Lehrkräfte ohne Staatsexamen) gewährt. Neben diesem Zugang zu den Eingangssämtern müssen selbstverständlich auch die nächst höheren Beförderungssämter Oberstudienrat/Oberregierungsrat erreicht werden können.

> Forderungen:

- > Höhergruppierung der FOL entsprechend ihrer wissenschaftlichen Hochschulbildung von A 13 g.D. in A 13/14 h.D.
- > Erhöhung der Möglichkeiten der Verbeamtung für tarifangestellte Fachlehrer durch Schaffung adäquater Dienstposten
- > Änderung der längst überfälligen funktionsgerechten Amtsbezeichnung von FOL in Studienrat/Regierungsrat
- > Angemessene Anerkennung der Studienabschlüsse ziviler Lehrkräfte
- > Um als Bundespolizei ein wettbewerbsfähiger Arbeitgeber zu bleiben und insbesondere potenzielle Mitarbeiter mit pädagogischer und wissenschaftlicher Hochschulbildung zu gewinnen und zu halten.



Neupositionierung im Wettbewerb um geeignetes Personal nötig

Durch die zunehmende Konkurrenz durch die Schulsysteme der Bundesländer, die dem Fachkräfte- beziehungsweise Lehrermangel durch teils deutliche Verbesserungen der beruflichen Rahmenbedingungen (Erhöhung der Besoldung, mehr Planstellen, mehr Fortbildungsstellen, mehr Beförderungs-

stellen et cetera) begegnen, dürfte es für die Bundespolizei in der Zukunft noch schwerer werden als derzeit bereits, geeignetes und dringend benötigtes ziviles Fachpersonal für die Ausbildung zu gewinnen und auch zu behalten.

Handelt die Bundespolizei nicht zeitnah durch eine Steigerung der eigenen Attraktivität als Arbeitgeber, so ist mit einem (zivilen) Brain Drain zu

rechnen, also einer möglichen Abwanderung der bereits eingestellten Lehrerinnen und Lehrer in ein (attraktiveres) Dienstverhältnis im Schulsystem der Bundesländer einerseits und einem (weiteren) Einbrechen der Zahlen potenzieller Bewerberinnen und Bewerber für ausgeschriebene (Fach-)Lehrerstellen andererseits. Vor dem Hintergrund gestiegener und sehr wahrscheinlich weiter steigender

Einstellungszahlen in der Bundespolizei steuert man sehen den Augen auf eine drastische personelle Schieflage zu, die sich nur negativ auf die Qualität der Ausbildung auswirken kann.

Den ausführlichen Text können Sie auf der Homepage der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft (dpolg-bpolg.de) lesen.

Es lohnt sich! ■

Zusammenarbeit zwischen DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und BDZ vereinbart

Im August 2019 trafen sich Vertreter des Bezirksverbandes Nordrhein-Westfalen der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und des Bezirksverbandes Köln der BDZ, Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, im ehemaligen BGS-Amt Köln zum Gespräch. In angenehmer Atmosphäre wurden beiderseits die Strukturen der Behörden sowie der Gewerkschaften erläutert. Schnell wurde festgestellt, dass einige Probleme auf beiden Seiten ähnlich gelagert sind.

Insbesondere bei Personal- und Sachausstattung sowie

unzureichend vorhandener Liegenschaften wussten die Vertreter beider dbb Gewerkschaften aus der Praxis zu berichten. Beim Blick über den Tellerrand konnte man schnell

viele Gemeinsamkeiten feststellen. Es wurde vereinbart, vor Ort im gemeinsamen Einsatzraum, insbesondere bei Einsatzbetreuungen zusammenzuarbeiten und so

Synergieeffekte zu nutzen. Weitere Themen waren die Mitgliederwerbung sowie die mögliche Zusammenarbeit in den einzelnen Ortsverbänden. ■



► Michael May (stellvertretender Bundesvorsitzender BDZ zugleich BV-Vorsitzender BV Köln), Hauke Reetz (BV-Vorsitzender BV NRW), Andrea May (stellvertretende BDZ-BV-Vorsitzende BV Köln), Dirk Jablonski (Geschäftsführer BV NRW), Andreas Frese (Schatzmeister BV NRW) (von links)

Jetzt online Mitglied werden!

Als eine moderne und zukunftsorientierte Gewerk-

schaft bieten auch wir unseren Kolleginnen und Kollegen

in der Bundespolizei die Möglichkeit an, online Mitglied zu werden. Nicht nur Anwärterinnen und Anwärter haben diese Möglichkeit, sondern auch alle Stammkräfte.

Einfach „**mitgliedwerden.dpolg-bpolg.de**“ in die Adresszeile des Browsers eingeben oder mit dem Smartphone den **QR-Code** scannen und mit wenigen Klicks die Mitgliedschaft in der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft beantragen.



► ... mit diesem QR-Code

Die Neumitglieder können auch gleich das Werbegeschenk auswählen und FERTIG! ■

WIR AN DEINER SEITE

DPoIG
DEUTSCHE POLIZEI-GEWERKSCHAFT
im DBB
Bundespolizeigewerkschaft

COME IN

Online Antrag Dienstanfänger
PKA / PMA

Online Antrag 1;- Euro Aktion
RECHT FÜR DIENSTANFÄNGER



DPoIG Bundespolizeigewerkschaft begrüßt Dienstanfänger(innen) Überwältigender Zuspruch für DPoIG

Immer mehr Dienstanfänger(innen) entscheiden sich für die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft. Mit diesem positiven Resümee gingen die Vorstellungen der Gewerkschaften bei den am 1. September 2019 eingestellten jungen Polizeibeamtinnen und -beamten zu Ende.

Ob in Bamberg, Swisstal, Eschwege, Walsrode, Oerlenbach, Neustrelitz, in Diez oder in Fulda, die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft präsentierte ihr Leistungsportfolio,

informierte darüber hinausgehend über ihre wesentlichen Forderungen und stand allen Anwärterinnen und Anwärtern für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. Besonderes Interesse zeigten die Anwärter am Unterschied zwischen den Gewerkschaften, den Ansprechpartnern der Gewerkschaft in den einzelnen Dienststellen, den Vergünstigungen bei Versicherungen und Bausparverträgen sowie bei Handyverträgen der DPoIG Service GmbH.

Wiedereinmal lobten die jungen Menschen die Sachlichkeit der Vorträge und Diskussionen sowie die Zwanglosigkeit der Gespräche. „Wir lassen den interessierten Bundes-



polizisten Zeit, sich für eine Gewerkschaft zu entscheiden und raten sogar dazu, die Wahl gegebenenfalls mit den Eltern zu diskutieren. Hierbei stehen wir den Dienstanfängerinnen/-anfängern sowie auch den Eltern für telefonische Rückfragen zur Verfügung. Wir drängen niemanden, bei uns zu unterschreiben, denn wir wollen zufriedene Mitglieder in der Bundespolizeigewerkschaft!“, sagt Anja Ducklauß-Nitschke, stellvertretende Bundesvorsitzende

der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft.

Erstmals können Interessierte die Mitgliedschaft auch online über die Homepage der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft (dpolg-bpolg.de) abschließen.

Die Bundespolizeigewerkschaft wünscht allen Dienstanfängerinnen und -anfängern einen guten Start in den Beruf und heißt viele von ihnen im Kreis seiner Mitglieder herzlich willkommen.



© DPoIG (8)





Senioren zu Gast in Hannover

Die Pensionäre aus Niedersachsen, Hamburg und Bremen fanden sich in Hannover zum jährlichen Treffen ein. Der Seniorenbeauftragte Herbert Kemper konnte 16 Personen auf dem Bahnhof begrüßen. Das Programm wurde von Erni und Josef (Ernst-August Möhring und Josef Jünemann) erstellt und ausgearbeitet. „Für die Organisation kann ich nur ein großes Lob und meinen Dank an die beiden richten!“, so Herbert Kemper.



© DPolG

> Die „Ehemaligen“ aus dem Bereich Niedersachsen/Hamburg/Bremen suchten bei ihrem Ausflug nach Hannover den Kontakt zur Inspektion und konnten früher und heute vergleichen.

Nach der Begrüßung wurde die Gruppe vom Pressesprecher der Inspektion Hannover, Martin Acker, durch den Hauptbahnhof geführt. Hier wurde festgestellt, dass sich seit unserer Pensionierung doch vieles verändert hat. Auch die Räumlichkeiten sind schon in die Jahre gekommen.

Nach der Führung ging es dann durch Hannover zum Maschsee mit Bootsfahrt und von dort hungrig zum Brauhaus. Hier war reserviert und allen hat es gefallen, nach so einem Programm den Magen zu füllen und auch noch ein Bier zu ge-

nießen. Die anschließende „Manöver-Kritik“ endete mit einem großen DANK an die Ausrichter.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer richteten anschließend den Blick auf das Treffen

2020, dass die Senioren vom 5. bis 6. Mai 2020 nach Cuxhaven führen und auch eine Übernachtung beinhalten wird. „Also alle mal notieren: Treffen der Senioren 2020 im Mai. Wer mitfahren will, kann sich bei mir melden!“, so Kemper. ■

Gemeinsame Einsatzbetreuung mit der JUNGEN POLIZEI BPOL und der JUNGEN POLIZEI RLP

Am 1. September waren die JUNGE POLIZEI Bundespolizei und die JUNGE POLIZEI Rheinland-Pfalz gemeinsam unterwegs und haben alle Kolleginnen und Kollegen, die anlässlich des Fußballspiels in Kaiserslautern im Dienst waren, den Tag mit kalten Getränken, Kaffee und Süßigkeiten versorgt. Es war nur eine Woche Zeit, diese Einsatzbetreuung zu planen. Aber gemeinsam mit den Kollegen aus Rheinland-Pfalz haben wir es geschafft und haben unser Bestmögliches probiert, alle Kräfte zu erreichen.

Mit an Bord waren: Katja Sorgen (stellvertretende Bundesjugendleiterin) mit Manuel und Emil (JUPO RLP), Boris Ketzschmar (Vorsitzender BV Bundesbereitschaftspolizei) und Toni Nickel (Beauftragter JUPO BV RLP/HE/SL). Der Tag hat uns wieder gezeigt, dass man Menschen mit Kleinigkeiten eine große Freude machen kann.

Vielen Dank an die DPolG RLP für die tolle Zusammenarbeit.

Geteilte Freude ist doppelte Freude. ■

Danke Bundespolizeigewerkschaft

Den richtigen Nerv scheint die DPolG Bundespolizeigewerkschaft mit der „Geburtenbeihilfe“ in Höhe von 50 Euro und einem separaten kleinen Geschenk getroffen zu haben. Seither schreiben glückliche Eltern an die Gewerkschaft und bedanken sich für diese tolle Aktion. Eine der ersten Empfänger war die Familie Lisa und Kim Reimann, die sich über die Geburt ihres Sohnes Erik (Foto) freuen.



© Lisa Reimann

„Wir bedanken uns herzlich für das wunderschöne Geschenk, dass besonders zutreffend ist, da der Papa bei der Fliegerstaffel arbeitet!“, schrieb uns die Familie.

Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft wünscht allen jungen Familien und Neugeborenen alles Gute und Gesundheit!



Basisdemokratie und Dropbox

Eine umfang- und arbeitsreiche Tagesordnung erwartete die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, welche sich vom 19. bis 21. August 2019 zur Sitzung des Bezirkshauptvorstandes des Bezirksverbandes Baden-Württemberg in Baiersbronn einfanden.

So galt es doch die Beschlüsse des Bezirksdelegiertentages umzusetzen und zugleich die Weichen und Leitplanken der zukünftigen Ausrichtung der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft im Land einerseits und andererseits im Bund durch entsprechende Anträge an den im Oktober stattfindenden Bundesdelegiertentag, festzulegen und zu begründen.

So fordert der Bezirksverband Baden-Württemberg beispielsweise die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft mittels Antrag an den Bundesdelegiertentag auf, sich im Bund für einen vereinfachten Aufstieg analog des Polizeivollzugsdienstes auch für Verwaltungsbeamte einzusetzen. Insgesamt wurden in diesem Themenfeld zehn Anträge, welche vom Vorstand vorbereitet, in der Sitzung diskutiert und überarbeitet wurden, an die Antragskommission weitergeleitet.

Gut zu wissen ist dabei, dass sich die Anwesenden aus Vertretern der Ortsverbände, der JUNGEN POLIZEI, Beamten aus Verwaltung und Vollzug sowie aus allen Altersgruppen, aus Damen und Herren, aus der Grenz- und der Bahnpolizei, dem Objektschutz, aus den Führungsgruppen, dem Ermittlungsdienst und dem Streifendienst zusammensetzen.

So funktioniert, unserer Auffassung nach, **Basisdemokratie** und trägt berechtigte Anliegen

der Basis über den Bezirk in den Bund hinein.

Dazu wurden die vielfältigen Betätigungsfelder gewerkschaftlicher Arbeit analysiert, aktualisiert und personifiziert, was meint, dass nunmehr zu jedem Aufgabenfeld ein verantwortlicher Sachbearbeiter des Bezirksverbandshauptvorstandes namentlich als Ansprechpartner und „Objektverantwortlicher“ über eine „Aufgabenmatrix“ definiert worden ist. Klare Aufgabenfelder und Ansprechpartner erleichtern nicht nur unseren Mitgliedern einen kompetenten Kontakt zu uns, sondern gewährleisten zudem eine qualifizierte und hochwertige Sachbearbeitung. Wie wichtig dies ist, zeigt das Themenfeld des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes, für das Klaus Decker und in seiner Vertretung Gaby Söllner sowie Tatjana Herzberger verantwortlich als Rechtsschutzbeauftragte zeichnen.

Daneben wurden vergangene gewerkschaftliche Einsatzanlässe analysiert und aufbereitet sowie zukünftige Herausforderungen an den Bezirksverband Baden-Württemberg identifiziert, vorbereitet und mit entsprechenden Beschlüssen handlungsfähig gestaltet.

Zur internen Kommunikation haben wir zwischenzeitlich zudem der Beschlusslage des Bezirksdelegiertentages folgend, ein Forum als Austauschplatt-



> Alle Delegierten des Bezirkshauptvorstandes mit dem Bundesvorsitzenden Ernst G. Walter (5. von links) vor dem Tagungsort Bio-Hotel in Baiersbronn.

form und eine „Dropbox“ als interne Datenbank installiert und in Betrieb genommen. Natürlich erfolgt ein Zugriff geschützt und nur durch benannte Funktionsträger der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, welche sich zuvor mittels einer Datenschutzerklärung legitimiert haben. So bleiben Daten dort wo sie hingehören und gewerkschaftliche Themen an der Stelle, wo sie diskutiert und beschlossen werden müssen.

Beeindruckt von dieser Art professioneller Arbeit eines Bezirksverbandes zeigte sich schließlich auch der an großen Teilen der Sitzung bewohnende Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, Ernst G. Walter. Er nutzte diese Gelegenheit aber auch gerne, um den Blick der Anwesenden auf die Gewerkschaft in Gänze und deren zukünftigen Ziele zu schärfen. Der Bezirksverband freute sich über seinen Besuch und ver-

stand diesen auch als Wertschätzung der eigenen Arbeit und das Interesse des Bundes an den Problemen und Lösungsansätzen des Bezirks.

Trotz des straffen Programms fand sich aber auch Gelegenheit zum persönlichen Austausch untereinander und dem einen oder anderen kulinarischen Leckerbissen, denn die Pflege des kollegialen Umgangs ist festes Wesensmerkmal jeder erfolgreichen gewerkschaftlichen Arbeit.

So wunderte es auch keinen, dass wir es am Ende wieder schafften, alle Themen abzuarbeiten und dabei im Zeitplan zu bleiben. „Dafür danke ich nochmals allen Mitwirkenden herzlich. Ich sehe den BV Baden-Württemberg gut gerüstet, mobil und modern allen künftigen Ereignissen gewachsen!“, sagt der Vorsitzende Jürgen Zimmermann. ■



Edgar Dicenta

„Ehre, wem Ehre gebührt“. Im Namen des Bezirksverbandes Baden-Württemberg gratulierte die stellvertretende Vorsitzende Gaby Söllner dem langjährigen Ortsverbandsvorsitzenden und Mitglied des Bezirkshauptvorstandes, Edgar Dicenta, vom Ortsver-

band Nordbaden zu seinem 40-jährigen Gewerkschaftsjubiläum und dankte ihm dabei für seine Treue.

Seit vielen Jahren gehört „Eddi“ der BPOLI Karlsruhe an, engagiert sich dort auch im örtlichen Personalrat und seine



rungen in diesem Bereich dar. Im festen Vertrauen auf weitere gute Zusammenarbeit wünscht der BV Baden-Württemberg dem Jubilar nicht nur „Alles Gute“, sondern jetzt aktuell gute Besserung und stete Gesundheit.

Michael Rödder – 40 Jahre in der Gewerkschaft

Bereits im Mai konnte das BV-Vorstandsmitglied Michael Rödder (rechts) auf 40 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit zurückblicken. Zunächst im BGV aktiv, widmet sich Michael seit der Verschmelzung mit der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft mit viel Herzblut und außergewöhnlichem Engagement insbesondere der Betreuung der Anwärter sowie

der Vertretung der Interessen der Beschäftigten der Akademie sowohl im ÖPR in Swisttal als auch im GPR in Lübeck. Für dieses herausragende Engagement bedankt sich die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und insbesondere der BV-Vorsitzende des BV NRW, Hauke Reetz (links), recht herzlich und wünscht Michael auch für die Zukunft alles Gute.



Hauke Reetz übergibt Michael Rödder die Jubiläumsurkunde.



Michael Winkler



Thomas Flamm übergibt die Urkunde an Michael Winkler.

Am 1. August 1979 in Bodenteich eingestellt, ist Michael Winkler unmittelbar danach in den damaligen Bundesgrenzschutz-Verband BGV eingetreten. Seine Grundausbildung absolvierte er in Bodenteich, Lüneburg und Walsrode und fand im Anschluss die nächsten elf Jahre Verwendung in der GSA Nord 1 Lüneburg als PVB in der Einsatzhundert-

schaft und im Stab. Nach seiner Zeit in der EHu wechselte er im Februar 1993 zur Bundespolizeifliegergruppe. Dort war er mehrmals ÖPR und auch im BPR.

Zehn Jahre lang hat er als Vorsitzender des BGV-Ortsverbandes in der Fliegerei die Geschicke für die Mitglieder geleitet. Aktuell ist er bereits seit sieben Jahren als Güteprüfer bei der Bundespolizeifliegergruppe tätig.

Die Gratulation und Übergabe der Urkunde hat Thomas Flamm für die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft vor Ort übernommen.



> Gedenktafel

In den vergangenen Monaten verstarben unsere Mitglieder

Erwin Petershofen	03.04.1930	23.04.2019	Sen. RP/HE/SL
Günter Solty	15.09.1932	06.08.2019	Sen. SN/ST/TH
Gerd Stürwohldt	24.02.1940	18.08.2019	Sen. SH/MV
Peer Münch	08.09.1964	24.08.2019	OV Frankfurt (Oder)
Horst Kalbas	21.02.1939	28.08.2019	Sen. BY

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.